

In den letzten Jahren haben die Verkehrspolitik und Stadtplanung in Basel-Stadt den Fokus auf eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und eine Förderung nachhaltiger Mobilitätsformen wie dem öffentlichen Verkehr, sowie dem Rad- und Fussgängerverkehr gelegt. Begründet wird dies mit einer zukunftsorientierten und notwendigen Entwicklung zur Reduzierung der CO₂-Emissionen nach dem Volksentscheid zum Netto-Null Ziel 2037.

Die Umgestaltung des urbanen Raums, insbesondere die Reduzierung oder Aufhebung von Parkplätzen, greift jedoch tief in das Leben der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner ein. Viele Baslerinnen und Basler sind auf Parkmöglichkeiten im öffentlichen Raum angewiesen, sei es für den privaten Gebrauch oder zur Versorgung von Wohnungen und Geschäften. Die Aufhebung von Parkplätzen hat direkte Auswirkungen auf die Lebensqualität der Anwohnenden und beeinflusst die Mobilität und Erreichbarkeit von Quartieren erheblich.

Trotz des stetigen Abbaus von Parkflächen und der fortwährenden Erschwerung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) stieg die Anzahl der Personenwagen in Basel-Stadt von 71'774 im Jahr 1995 auf 82'423 im Jahr 2015. <https://www.bs.ch/schwerpunkte/umweltbericht-beider-basel/indikatoren-uebersicht/indikator-1704>. Die Massnahmen zur Reduktion des MIV greifen also nicht, sondern verärgern vielfach die Einwohnerinnen und Einwohner von Basel-Stadt, was die zahlreichen Einsprachen und Petitionen gegen den Abbau von Parkplätzen beweisen.

Da die Behörden unter der Prämisse des Umweltschutzes weiterhin im grossen Stil Parkplätze abbauen wollen, scheinbar an der Bevölkerung vorbei, stellen wir hiermit folgende Forderungen:

1. Vor der Planung zur Aufhebung von Parkplätzen muss ein unabhängiges, transparentes und partizipatives Verfahren, im Sinne des Paragraphen 55 der Kantonsverfassung, stattfinden. Betroffene AnwohnerInnen des jeweiligen Quartiers müssen in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Dies gilt auch für Baumpflanzungen auf freigespielten Flächen.
2. Sollte es aus stadtplanerischen oder umweltpolitischen Gründen notwendig sein, Parkplätze aufzuheben, müssen den betroffenen Anwohnern gleichzeitig alternative Lösungen angeboten werden, wie etwa vermehrte Parkmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe oder andere Infrastrukturverbesserungen, die den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner entgegenkommen.
3. Vor der Aufhebung von Parkplätzen muss ein entsprechendes Angebot an Quartierparkings geschaffen werden.

Philip Karger, Roger Stalder, Beat K. Schaller, Michael Hug, Gabriel Nigon, Jenny Schweizer, Johannes Barth, Adrian Iselin, Luca Urgese, Annina von Falkenstein, Stefan Suter, Felix Wehrli, Daniel Seiler, Daniel Hettich, Olivier Battaglia, Andrea Strahm, Daniel Albietz